

# Gedenkstätten-Plan nah am Ziel?

## Gordischer Knoten um die Europäische Holocaustgedenkstätte: Baurecht versus Objektplanung

Landsberg – Dokumentationszentrum, Lern- und Erinnerungsort, Gedenkstätte. Was soll in welcher Größe entstehen auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Kaufering VII? Und vor allem: Welche Themen sollen behandelt werden? Das hätte der Stadtrat gern von Manfred Deiler, dem Präsidenten des Vereins Europäische Holocaustgedenkstätte Stiftung, gehört. Erst dann will man Baurecht schaffen. Deiler jedoch sagt, die Planung könne erst konkret werden, wenn das Baurecht da ist. Ein gordischer Knoten, der in der jüngsten Stadtratssitzung nicht durchschlagen werden konnte. Noch nicht.

Positiv aufgenommen wurde die Ankündigung Deilers, dass es eine Betreibergesellschaft für das Dokumentationszentrum geben könnte. Dies ist offenbar ein Ergebnis aus Gesprächen zwischen Deiler, dem Bayerischen Kultusministerium und der Stiftung Bayerische Gedenkstätten. Letztere würde nach den Worten ihres Vertreters Jascha März – im Falle einer Einigung – für Betrieb und Pflege des Ortes Mittel vom Freistaat bekommen. Um über deren Höhe zu entscheiden, sei das Betriebskonzept relevant.



Auf dem Weg zum Gelände des KZ-Lagers Kaufering VII könnte ein Empfangsgebäude entstehen, in dem die Geschichte des Lagers sichtbar gemacht werden soll. Das nötige Baurecht auf dem Gelände müsste die Stadt erst gewähren.

Foto: FKN

Manfred Deiler behauptete, er komme „in München nicht weiter“, solange er keine verlässlichen Planungsgrundlagen in Form eines Bebauungsplans vorlegen könne. Man sei an dem Punkt angelangt, die Objektplanung zu beauftragen, was eine knappe Million Euro kosten werde. Um die erforderlichen Zuschüsse von Freistaat und Bund zu bekommen, müsse Planungssicherheit bestehen. „Ohne Bau-

recht ist keine Objektplanung möglich.“

Oberbürgermeisterin Doris Baumgartl (UBV) widersprach. Die Stadt habe bereits eine verlässliche Aussage gemacht – in Gestalt des Grundsatzbeschlusses, dass sie einen Bebauungsplan aufstellen werde. Diese Rückmeldung sei auch ans Kultusministerium erfolgt. Von dort seien keine weiteren Nachfragen gekommen. Allerdings:

Um einen ‚vorhabenbezogenen Bebauungsplan‘ aufzustellen, brauche man einen Vorhabenträger und Aussagen über Gebäudevolumina.

Auch Axel Flörke (Landsberger Mitte/LM) fand, die Stadt könne nicht die Katze im Sack kaufen. Deiler könne nicht verlangen, dass man Baurecht schaffe, ohne zu wissen was konkret dieser wolle. „Welche Größe? Welches Personal?“, wollte Flör-

ke wissen. Und: Wodurch unterscheide sich Deilers Vorhaben von der geplanten neuen Dauerausstellung im Stadtmuseum Landsberg?

Deiler erklärte dazu, man wolle die Gedenkstätte erweitern, aber er habe noch „kein Gebäude im Kopf“. Diese Planungen müsse man den Fachleuten überlassen. Aspekte des Landsberger DP-Lagers sollen eine Rolle spielen, eine Konkurrenzsituation mit dem Stadtmuseum sehe er jedoch nicht. Im übrigen: „Wenn es Doubletten gibt, dann nicht von uns. Unsere Vorstellungen gibt es schon viel länger als das Konzept des Stadtmuseums.“

Zweiter Bürgermeister Moritz Hartmann (Grüne) sah das Kultusministerium und die Stiftung Bayerische Gedenkstätten am Zug. „Wenn geklärt ist, wer der Bauträger ist können wir mit der Baurechtschaffung weitermachen.“ Christian Hettmer (CSU) forderte eine gemeinsame Abstimmung der Konzeption zwischen Stadt, Stiftung und Verein. Dann könne man an die Beantragung von Zuschüssen gehen und den auch Bebauungsplan aufstellen. Selbst wenn der gordische Knoten noch nicht gelöst sei – „wir sind so nah wie noch nie am gemeinsamen Ziel“. Ulrike Osman